№ 73. Inowraclaw, Montag, den 17. September 1866

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags.
Vierteljährlicher Abonnementspreis:
für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12³/₄ Sgr.

Fünfter Jahrgang.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¹/₄ Sgr.
Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Wir wollen sein Ein einig Volk von — Deutschen.

Die Männer des Wortes, das Politik heißt, möchten jetzt, da die Ereignisse all ihre doctrinären Voraussagungen zu Schanden gemacht haben, in das Geschehene a posteriorie ein logisches System bringen. Allein die Theorien passen nicht für die Wucht der Thatsachen; weder das Völkerrecht, noch das weiland Bundesrecht, noch die Grundsätze der Demokratie können den Stand der Dinge in sich folgerecht einpassen. Das internationale Recht der Eroberung giebt die Umgestaltung Norddeutschlands in den Willen Preußens. Die von mancher Seite verlangte Selbstbestimmung der Völker über ihr künftiges Schicksal wurde nur durch eine neue Art Kleinstaatereihervorgerufen. Die preußische Regierung beruft sich nicht bloß auf das Recht der Eroberung, sie will der deutschen Nation ihr Recht, zu leben, zu athmen, zur vollen Geltung bringen, mit Wegfall der Satzungen der Dynastien und Einzelstaaten. Daraus geht die Nothwendigkeit hervor, daß Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Hessen, und unbedingt auch Sachsen, aufhören, Tummelplätze einer kleinfürstlichen Fronde zu sein, daß sie mit Preußen vereinigt werden. Ob nun das leitende Princip, welches für Deutschland heilsam wirken soll, preußischer Patriotismus oder großdeutscher ist, das thut nichts zur Sache. Preußen hat das Recht, die Reform auf seine Fahne zu schreiben, weil unter dieser die Siege errungen wurden, welche diese Reform möglich machen, da die Widerstrebungen jetzt dem guten Willen Preußens, wenn sie ihn auch nicht anerkennen, doch nachkommen müssen. Ohne Förderung der deutschen Sache kann Preußen nicht mächtig bleiben, und ohne Preußens Macht ist die Förderung der deutschen Sache nicht möglich. Die deutsche Politik Preußens will eine Gleichmäßigkeit der Interessen aller deutschen Stämme zu Wege bringen. Man will nicht neue Länder sich unterworfen haben, sondern die Besiegten sollen den Siegern gleichgestellt werden. Das Vorbild des Nordens wird hoffentlich zu Preußen einst auch den Süden Deutschlands zu einem Bunde führen! Dieses Heil konnte von Oesterreich nie und nimmermehr ausgehen. Die deutschen Kaiser stützten sich in den letzten Jahrhunderten auf die kleinsten Reichsstände, um den größeren Fürsten gegenüber, die anfingen, sich unabhängig zu machen, sich zu halten. Die geistlichen Prälaten, die Grafen, die Reichsritter, und die freien Reichsstädte erhielten durch die Zersplitterung Deutschlands das Kaiserthum am Leben, wenn auch nur in einem Scheinleben. Am meisten fand dies in dem schwäbischen Reichskreise statt. Im Reichstage waren eine Menge unbedeutender schwäbischer Städte vertreten, es gab da eine eigene schwäbische Grafen- und eine Prälatenbank.

Es ist von Patrioten die Mainlinie als zu enge Grenze, und der Ausschluß der süddeutschen Staaten bedenklich gefunden worden. Man fürchtet, diese letzteren können mit Oesterreich Separatbündnisse eingehen, wodurch der norddeutsche Bund sich niemals zu einem gesammtdeutschen würde erweitern können.

Vorläufig ist jedoch ein großer Schritt gegen die Zerstückelung Deutschlands geschehen, und dies zunächst durch die Ausschließung Oesterreichs. Es gab unter den Kaisern aus dem Hause Habsburg kein Verfassungsband der deutschen Nation und der Völker von Oesterreich, Tyrol, Steiermark, Böhmen und Ungarn. Sie wollten Deutschland despotisch beherrschen. Da dies mißlang, so wurden sie Beschützer der kleineren Vasallen, um die größeren Reichsfürsten nicht aufkommen zu lassen. Die süddeutschen Höfe und Völker können unmöglich noch Sympathien für Oesterreich haben, nachdem sie eingesehen, daß es ihnen keinen Schutz gegen Preußen zu bieten vermag. Der Schwache lehnt sich an den Starken, der ihn stützen kann, und eine Stütze würde Preußen wie für den norddeutschen Bund, so thatkräftig auch einst für Süddeutschland sein, wenn dieses sich da anschließen wird, wo es seine Sicherheit und seinen Nutzen erblickt. — Und daß es recht bald zu dieser Erkenntniß und damit zu diesem Anschlusse komme, wollen wir unseren süddeutschen Brüdern aufrichtig wünschen!

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. (17. Sitzung vom 12. September.) Eröffnung: 10¹/₄ Uhr. Am Ministertische: Graf Bismarck, v. d. Heydt und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung, in die Spezial-Berathung über das Wahlgesetz für den norddeutschen Bund eingetreten.

Ministerpräsident Graf Bismarck: Die Königliche Regierung hat sich gestern enthalten, an der allgemeinen Diskussion Theil zu nehmen, um so mehr, als sowohl der Herr Berichterstatter, als auch der Abg. Virchow dasjenige, was die Königliche Regierung zur Vertretung ihres Standpunktes hätte sagen können, mit beredteren Worten dargelegt haben, als mir zu Gebote standen. Mit Bezug auf die gestellten Amendements erlaube ich mir einige Bemerkungen. Wir sind in dem Bündniß mit den Regierungen dahin übereingekommen, daß dieselben gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vorzunehmenden Wahlen anordnen wollen. Die Regierung hat deshalb bei ihrer Vorlage sich so genau, als es die veränderten Verhältnisse erlaubten, dem Reichswahlgesetz angeschlossen und dabei Manches mit übernommen, worauf sie vom Hause aus nicht verfallen sein würde. Es sind bereits von einigen Regierungen amtliche Zuschriften zugegangen, nach welchen sie genöthigt wären, durch Abänderung des Textes ihrerseits ebenfalls noch in eine Berathung zu treten. Theoretisch wird ein solches Recht, wie es hier in Anspruch genommen wird, auch den kleineren Ständeversammlungen nicht bestritten werden können, und wenn die übrigen Regierungen sich auf dieses Widerstandsterrain zurückziehen, so kommt die preußische Regierung in große Verlegenheiten. Soll die Regierung gegen die Staaten, die treu zu ihr gehalten, mit Vergewaltigung vorgehen? Das hat seine Schwierigkeit. Unter den verbündeten Regierungen sind schon die beiden Mecklenburg nicht in der Lage gewesen, sich so schnell anzuschließen, als die übrigen Staaten, und deshalb hat mit ihnen ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden müssen. Die Königliche Regierung hat den von der Commission beschlossenen Aenderungen in dem Geiste nicht widersprochen, weil sie befürchtete durch ihren Widerspruch das unbegründete Mißtrauen neu zu nähren, welches die Quelle der Abänderung des § 1 gewesen ist. Ich mache diese Bemerkungen nicht, um § 1. direkt anzufechten, wohl aber von der Königl. Regierung die Verantwortlichkeit für die Schwierigkeiten die Spitze zu bieten, als daß sie dem Mißtrauen, welchem der Artikel entsprungen ist, durch ihren Widerspruch neue Nahrung geben möchte.

Abg. Schulze (Berlin): Er acceptire die räumliche Begrenzung des Bundes für den Augenblick. — Je mehr der Sieger den Sieg ausnutzt, desto mehr werde man ihn loben. Auf Details gehe er nicht ein und Resolutionen halte er für überflüssig.

Der Ministerpräsident widerlegt verschiedene Ausführungen des Vorredners. Der Landesvertretung sei es sehr leicht, Amendements zu stellen und sich frei von jeder Verantwortlichkeit für den Erfolg hinzustellen. Der Vorredner habe getadelt, daß der Sieg nicht weiter

ausgenutzt sei. Die Abschätzung der Tragweite eines Sieges sei eine der schwersten Aufgaben der Politik; man könne dabei leicht irren. Es müsse einer spätern Geschichte vorbehalten bleiben, alle die Momente aufzuklären, die dabei mitgewirkt haben, und wenn man diese kenne, so werde man der Regierung das Zeugniß nicht versagen, daß die Benutzung des Sieges eine ziemlich kluge war. (Bravo.)

Abg. Aschenbach vertheidigt den § 1.

Nach den Bemerkungen des Ministerpräsidenten gegen Virchow betont Waldeck, die Vorlage beruhe auf demokratischer Grundlage. Ministerpräsident konstatirt, die Regierung nehme lieber das Amendement Bethusy als den Commissionsantrag an. Die Befürchtung das preußische Abgeordnetenhaus werde durch das deutsche Parlament gelähmt werden, sei unbegründet, da im letzteren auf 290 circa 238 Preußen kommen. Die Diskussion wird geschlossen. Der Gesetzentwurf wird nach der Commissionsfassung paragraphenweise, dann total mit großer Majorität angenommen. Sämmtliche Amendements mit Ausnahme Bode's zu § 11, und Kosch's zu § 17 werden verworfen.

[18. Sitzung vom 13. September.] Eröffnung 12¼ Uhr. Am Ministertische: Graf Eulenburg, Graf zur Lippe und ein Regierungs-Commissar.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verlangt das Wort der Abg. Groote: Er habe den Vorwurf, den der Abg. v. Vincke (Olbendorf) gestern gegen ihn erhoben, nicht recht verstanden und erst Privatgespräche mit Mitgliedern des Hauses hätten ihn veranlaßt, der Sache näher zu treten. Er habe den von dem Abg. v. Vincke erwähnten Artikel der „N. A. Z." erst heute gelesen und was dort über den Empfang der Truppen gesagt sei, sei unrichtig. Von „Ohrenzeugen" habe er gehört, daß der Empfang der Truppen ein „ganz entsprechender" gewesen sei. Er verweise auf die „Kreuzztg.", welche den Empfang als einen sehr „glänzenden" bezeichnet hat. Den Vorwurf des Abg. v. Vincke (Olbendorf) weise er in seinem eigenen Namen und im Namen seiner Vaterstadt Düsseldorf zurück. Er bedaure, daß ein solcher Vorwurf gerade gegen ihn persönlich erhoben sei, es sei dies ein Vorwurf von Niederträchtigkeit der Gesinnungen und es sei tief zu beklagen, wenn eine solche Sitte, die Meinungsäußerungen eines Mitgliedes dieses Hauses zu verdächtigen in „diese stillen Räume" einziehe. (Heiterkeit.) Der Redner wird mehrfach vom Präsidenten und dem Hause unterbrochen und erklärt schließlich, da Abg. v. Vincke (Olbendorf) nicht anwesend sei, die weiteren Ausführungen sich vorbehalten zu müssen.

Es wird demnächst in die Tagesordnung eingetreten und die Verordnung vom 2. Juli 1863, betreffend die Einstellung des Civil-Prozeßverfahrens gegen Militärpersonen ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag des Abg. Heise, betreffend die Abänderung der §§ 18, 20, 21 und 67 der Geschäfts-Ordnung. Die Kommission beantragt Ablehnung des Antrages. Berichterstatter ist der Abg. Graf Schwerin. Derselbe rechtfertigt den Kommissionsantrag, indem er auf die verschiedenen Versuche zurückgeht, welche bereits gemacht sind, um eine zweckmäßige Zusammensetzung der Kommissionen des Hauses herbeizuführen. Er äußert sich auch über die seit einiger Zeit eingetretenen ausführliche Veröffentlichung der Verhandlungen der Kommissionen in den Zeitungen, die je nach der politischen Richtung des Abgeordneten der diese Mittheilungen giebt, gefärbt seien und dadurch den Verhandlungen des Hauses schädlich würden.

Abg. Vincke (Hagen) weist auf die Mängel der bestehenden Einrichtung hin. Wir zählen 14 Commissionen mit 266 Mitgliedern, von denen 61 den Parteien der Rechten, 205 der Linken, dem Centrum und den Polen angehören. Es komme jetzt der Fall vor, daß tüchtige Mitglieder entweder gar nicht, oder in zu viele Commissionen gewählt werden. Der jetzige Präsident erfreue sich allgemeinen Vertrauens wegen seiner Unparteilichkeit. Man möge daher für den Heise'schen Antrag stimmen.

Abg. Waldeck: Wenn es sich nur um den jetzigen Präsidenten handelt, würde er kein Bedenken haben. Aber der Präsident sei eine momentane Persönlichkeit und die zu schaffende Errichtung eine dauernde. Ein Vergleich mit dem englischen Unterhause, wo der Sprecher die Commissionen ernenne, passe nicht; eher würde eine Abhülfe in einer Einrichtung wie die englischen committee's liegen.

Abg. Virchow: Will man die Uebelstände beseitigen, so lege man in das Haus selbst den ganzen Ernst der Vorberathungen; man führe eine zweite und dritte Lesung ein. Die Art und Weise, wie jetzt in den Zeitungen über die Verhandlungen in den Commissionen berichtet, beklage er gleich den Mitgliedern der anderen Seite.

Abg. Dr. Kosch: Das Grundübel liege in der Bildung der Abtheilungen durch das blinde Ungefähr des Looses. Die vorgeschlagene Lösung sei unpractisch. Den Abgeordneten v. Vincke frage er, warum er nicht in den Jahren von 1858—1861, wo er an der Spitze einer so großen Majorität stand, die erst jetzt von ihm befürwortete Aenderung durchgesetzt habe?

Abg. Dr. Simson: Warum wir 1848 eine solche Aenderung nicht durchgesetzt, ist einfach: wir fielen in unseren eigenen Fraktionen mit dem Vorschlag durch. Redner tadelt die frühzeitigen Veröffentlichungen aus den Kommissionen und möchte, da keine andere Abhülfe vorhanden, eine einmüthige Erklärung des Hauses gegen jenes ungerechtfertigte Verfahren. Er hält ferner die Probewahl des Präsidenten auf vier Wochen für unschicklich; es wäre passend, den Präsidenten für die ganze Legislaturperiode zu wählen, damit das Haus bei dem Mangel ständiger Ausschüsse auch während der Zwischenzeit einen offiziellen Vertreter hätte.

Abg. Twesten: Unser heutiges Commissionswesen widerspricht dem parlamentarischen Wesen überhaupt, es verlegt die Haupt-Verhandlungen unter die Coulisse. Die Schlußberathung, welche man als Hülfsmittel herangezogen, ist aber allein nicht ausreichend, sie eignet sich in den Fällen nicht, wo es sich in einer Vorlage um eine große Zahl von Detail-Bestimmungen handelt. Dazu ist die Vorberathung nothwendig.

Für den Kommissionsantrag stimmt die Fortschrittspartei, das linke Centrum die Polen und das Centrum; gegen denselben, also für den Heise'schen Antrag, die Rechte, die Altliberalen, die Abgeordneten Reichenheim, Röpell, Michaelis, Engel und Andere. Der Commissionsantrag ist mit Majorität angenommen worden.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetkommission über die Petition des Kreisgerichts-Sekretärs Neumann zu Greiffenberg in Pommern, betreffend die Verbesserung der Gehälter der Justiz-Subalternbeamten. Die Commission beantragt durch ihren Referenten Abg. Bassenge: Das Haus wolle beschließen: In Erwägung, daß die Staatsregierung das Bedürfniß einer weiteren Aufbesserung der Gehälter zunächst der Unterbeamten und Subaltern-Beamten anerkannt und eine Befriedigung desselben nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zugesagt hat, über die vorbezeichnete Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dies wird ohne Debatte angenommen und damit die Sitzung um 3½ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Deutschland.

Berlin. Graf Bismarck leidet an einem Rückfall seines alten Uebels, einer Neuralgie des linken Beines. Er muß nicht nur das Zimmer hüten, sondern soll nach ärztlicher Vorschrift auch einstweilen keine Besuche empfangen.

Oesterreich rechnet, wie die Reduktion seiner Armee beweist, auf eine längere Friedenspause, um sich zu sammeln. Mit Italien scheint sich ein passables Friedensverhältniß anzubahnen und man spricht bereits davon, daß Kronprinz Humbert nach Salzburg gehen werde, um sich die ihm zur künftigen Gattin bestimmte Erzherzogin anzuschauen. Mit Preußen läßt das künftige Verhältniß sich weniger gut an; man will dem jugendlichen Staat gegenüber, der für Oesterreich an die Rolle des alten Piemont getreten, noch nicht alle Hoffnung auf Wiedererlangung des alten Einflusses in Deutschland aufgeben, wenn schon der Entschluß zur vorläufigen passiven Haltung festzustehen scheint. Diese Passivität schließt die aufmerksame Beobachtung des Laufes der Dinge nicht aus.

Die Annahme, daß die Regierung die Vorlage wegen Bewilligung einer Anleihe von 60 Millionen Thalern zurückziehen oder vertagen würde, scheint sich nicht zu bestätigen, vielmehr hört man heute allgemein, daß die Regierung Werth darauf legt, die Angelegenheit möglichst schnell vor das Plenum des Abgeordnetenhauses zu bringen; an den zum Referenten ernannten Abg. Hagen ist daher Seitens des Vorsitzenden der betreffenden Commission das Ersuchen gerichtet worden, den Bericht so viel wie möglich zu beschleunigen. Einflußreiche Persönlichkeiten auf allen Seiten des Hauses sind bereits thätig, um auch für diese Frage, die gewünschte Verständigung herbeizuführen während einzelne Heißsporne so weit gehen, von der Möglichkeit einer Auflösung des Hauses für den Fall einer Ablehnung der Vorlage zu sprechen.

Die Demobilisirung der Armee ist im vollsten Gange. Ein Theil der Landwehr ist bereits entlassen, ein anderer, zur Zeit noch als Besatzungstruppe verwendet, marschirt jetzt in die Stabsquartiere zur Entlassung zurück. Bei der Garde- und Linien-Infanterie werden die vierten Bataillone aufgelöst und sowie die Stammregimenter einrücken, die Reserven entlassen und zwar mit den höchsten Altersklassen beginnend und allmälig damit fortfahrend. In ähnlicher Weise wird bei den Jägern und Schützen verfahren, nur daß die Bataillone eine entsprechende Anzahl ein und zwei Jahre dienender Leute zur Bildung des 9. Jäger-Bataillons auf ⅔ der Friedensstärke abgeben. Gleichmäßig erfolgt bei der Cavallerie und Artillerie die Demobilisirung unter Verkauf der überzähligen Pferde.

Wie bei allen freudigen Ereignissen, welche den Hof oder das ganze Vaterland betreffen, so taucht auch bei Gelegenheit der jetzigen Siegesfeier das Gerücht von einer bevorstehenden Amnestie auf und zwar diesmal, wie wir bestimmt versichern zu können glauben, nicht ohne Grund. Nur über den Umfang und den Zeitpunkt derselben steht noch nichts fest, so daß also alle Mittheilungen, daß die Amnestie sich nur auf militärische Kreise beschränken oder über dieses Gebiet hinausgehen werde, oder daß der Tag der Einholung zu ihrer Verkündigung bestimmt sei, voreilig sind. Doch steht, wie wir hören, für diesen Tag jedenfalls eine sehr umfassende Ordensverleihung bevor.

Glogau, 14. Septemb. Die bekannten trautenauer Bürger nebst dem Bürgermeister Dr. Roth aus Trautenau sind heute auf Befehl des Kriegsministeriums auf freien Fuß gesetzt und unter Begleitung einer militärischen

Schutz-Eskorte noch am Abend 10 Uhr mit der Eisenbahn nach Waldenburg abgereist, von wo sie sich unverzüglich in ihre Heimath zu begeben haben. Die bei ihrer Ablieferung in das hiesige Criminalgefängniß ihnen abgenommene ca. 6000 Gulden, Ringe, Uhren, wurden ihnen bei der Abreise wieder zugestellt.

Oesterreich.

Aus Wien erhalten wir die Nachricht, daß die nach dem Könige von Preußen und nach preußischen Prinzen genannten Regimenter ihre bisherigen Namen aufgeben und nur noch durch Zahlen bezeichnet werden sollen. Das wäre doch ein starkes Stück und das ärgerste Zeichen, daß der Preußenhaß bis in die höchsten Regionen hinaufreicht, und daß selbst die sonst gewöhnliche Courtoisie davon berührt wird. Von inneren Reformen ist nirgends die Rede; die Gerüchte von Ministerwechsel u. s. w. sind wieder verstummt; in den religiösen Angelegenheiten soll eine noch stärkere Reaction Platz greifen, als vor dem Kriege. Die Erfahrungen, die Preußen durch die Gesetzgebung der Jahre 1807—15 gemacht hat, existiren für Oesterreich nicht und können auch nicht existiren, so lange das Concordat mit Rom jeden freieren Aufschwung der Geister hemmt.

Italien.

Die Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich und Italien nehmen, den letzten telegraphischen Nachrichten zufolge, ihren ungestörten Fortgang. Indeß zeigt eine nach Florenz geschickte Depesche des General Menabrea dem Ministerpräsidenten Ricasoli an, daß der Friede nicht vor Ende September unterzeichnet sein könne. Ebenfalls auf telegraphischem Wege wird mitgetheilt, daß General Möring nach Venedig abgereist ist, um diese Stadt dem General Leboeuf zu übergeben. Da die Arbeiten für das Plebiscit noch nicht haben beginnen können, so wird Venetien hiernach kurze Zeit unter dem Schutze der französischen Regierung stehen. Hinsichtlich der Uebergabe der venetianischen Festungen schreibt man dem „Wandr." aus Venedig selbst unterm 10. d. M., daß dieselbe erst dann erfolgen würde, wenn die Abschätzung dieser Festungen und des zu überlassenden Kriegsmaterials geschehen und die dafür fixirte Summe von Italien gezahlt oder wenigstens vollkommen sichergestellt sein werde. Derselben Correspondenz zufolge wurden die Besetzungen der 6 Festungen: Venedig, Verona, Mantua, Peschiera, Legnago und Palmanuova durch österreichische Truppen noch längere Zeit dauern. Indeß benutzen die Venetianer bereits die Zeit zur Zusammensetzung einer Nationalgarde. Was übrigens die Vortheile anlangt, welche beide Staaten, Oesterreich und Italien, aus dem Friedensvertrage ziehen werden, so meint der französische „Moniteur" vom 11. d. Mts., daß dazu auch die Ausdehnung gehören wird, welche diese Mächte dem ihre gegenseitigen Beziehungen seit 1851 regelnden Handels- und Schifffahrts-Vertrage zu geben Willens sind. In einer dem General Menabrea übergebenen Denkschrift betrachtet die österreichische Regierung die Bestimmungen jenes Vertrages als die Anknüpfungspunkte zu einer weiteren vollständigeren Uebereinkunft über die politische und kommerzielle Einigung der beiden Nachbarstaaten.

Frankreich.

Von der Bitterkeit, mit welcher die Verurtheilung der preußischen Annexionspolitik noch in manchen französischen Blättern fortgesetzt wird, giebt besonders die Parallele einen deutlichen Begriff, welche von der „France" zwischen Graf Bismarck und Themistokles gezogen wird, um schmerzlich ausrufen zu können, daß „wir nach 1800jähriger Einwirkung des Christenthums in der Achtung der Grundsätze der politischen Moral weniger hoch stehen, als die Griechen in den schönen Tagen ihrer Civilisation." Sie erzählt nämlich die Geschichte, daß, als Themistokles in der Volksversammlung ein Mittel gefunden zu haben versichert hatte, das Athens Uebergewicht für alle Zeit herzustellen geeignet sei, aber nicht öffentlich mitgetheilt werden könne, der zur Prüfung dieses Mittels erwählte Aristides erklärte, der Plan sei allerdings unfehlbar, verstoße aber gegen die Gerechtigkeit, worauf das Volk, das lieber nichts gewinnen, als eine Ungerechtigkeit begehen wollte, die Sache auf sich beruhen ließ. Und die Moral von dieser Geschichte ist, daß Preußen im Grafen Bismarck, der freilich seine Pläne nicht geheim gehalten, seinen Themistokles, aber keinen Aristides, sondern im Gegentheil eine Volksvertretung besitzt, welche, „weniger gewissenhaft als das Volk von Athen, die Gerechtigkeit ihrem Patriotismus geopfert hat."

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Wann endlich wird man aufhören, städtisches Vieh die Friedrichsstraße entlang (6 Mal täglich) auf die Weide zu treiben? Giebt es etwa nicht andere Nebenstraßen?

— (Eingesandt.) Durch den Tod des am 12. d. M. nach kurzem Krankenlager im 67. Lebensjahre dahingeschiedenen Rabbiners Littauer hat die hiesige jüdische Gemeinde einen schweren Verlust erlitten. Der Verblichene, ein Glied der im Gebiete der jüdischen Literatur berühmten Familie Eger, zählte zu den Rabbinen frühern Schlages, denen das Studium der biblischen und rabbinischen Schriften gleichsam das Lebenselement war, und die trotz der Abgeschlossenheit von der Außenwelt jene Frische des Geistes bewahrten, die ihnen selbst im Alter ungeschwächt blieb. Von biederm Charakter, wahrer ungeheuchelter Frömmigkeit und Leutseligkeit und reichen Kenntnissen im Gebiete des Talmuds und dessen Commentare hatte er vor einigen Jahren sein Gemeindeamt als Rabbiner in Wongrowitz aufgegeben, um hier in einem engern Kreise in stiller Bescheidenheit zu wirken und einzig und allein den Studien zu leben. Die Trauer um den Dahingeschiedenen in der hiesigen Gemeinde ist groß und bekundete sich bei dem Leichenbegängnisse, bei welchem Herr Rabbiner Pollak in wenigen, doch kräftigen Worten ein Lebensbild des Verblichenen entwarf und dem Schmerze der Gemeinde Worte verlieh. Sanft ruhe seine Asche! —r.

— Der Trauergottesdienst für den dahingeschiedenen Rabbiner Littauer wird mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse erst in späterer Zeit in der hiesigen Synagoge stattfinden.

— Dem Schiedsmann und Dollmetscher Hrn. F. Warszawski hier ist die polizeiliche Erlaubniß ertheilt worden, aus der Abfassung schriftlicher Arbeiten für Andere ein Gewerbe zu machen.

— X Wie mit Bestimmtheit verlautet, soll zum 1. Januar 1867 der neue Distrikts-Kommissarius in dem zu diesem Zwecke von dem Herrn Baron v. Willamowitz-Mellendorff neu erbauten Hause in Markowitz Wohnung haben. Dies Haus ist sehr schön eingerichtet und eignet sich recht als Wohnung für einen dergleichen Beamten. — Die Frau Baronin v. Willamowitz hat eine Industrieschule eingerichtet, in welcher alle junge Mädchen aus dem Schulzirkel Krusza duchewna in den feinern weiblichen Handarbeiten unentgeltlich unterrichtet werden. Indem wir uns über diese Anstalt anerkennend aussprechen, können wir nicht umhin, der Frau Baronin für ihre edle Gesinnung den aufrichtigsten Dank zu sagen. — In Folge des vielen Regens beginnen die Kartoffeln auch auf den sandigen Gegenden zu faulen, und damit diese Krankheit die Früchte nicht vollends verderbe, so ist mit der Kartoffelernte bereits der Anfang gemacht worden.

M. S. Bromberg, 14. Sept. Von dem schönsten Wetter begünstigt, hielt heute das 21. Regiment seinen Einzug. Die Ausschmückung der Häuser durch Guirlanden, Blumen und preußische Flaggen war beendet, selbst quer über die Straßen waren Laubgewinde mit Blumenkronen versehen, gezogen und so gewährte denn die Stadt einen prächtigen Anblick. Gegen 11 Uhr wogte bereits in den Straßen eine ungeheure Menschenmenge, ein Theil die Decorationen in Augenschein nehmend, ein anderer feste Positionen zur Begrüßung der Truppen einnehmend. Währenddeß zogen die Gewerke mit ihren Fahnen und Abzeichen nach der berliner Straße, um vor dem Patzer'schen Etablissement Aufstellung zu nehmen, wo von der Stadt eine Ehrenpforte mit der Ueberschrift „Willkommen den Siegern" errichtet war. Zu beiden Seiten derselben zogen sich Tribünen, welche sich gegen Mittag mit einem zahlreichen Damenflor und den städtischen und königlichen Behörden füllten, und Alles harrte gespannt der Dinge, die da kommen sollten. Gegen 1 Uhr verkündete ein aus der Ferne herübertönendes und nicht endenwollendes Hurrah den Anmarsch des Regiments, an der Tête die Generalität und der Divisionsstab.

An der Ehrenpforte wurde Halt gemacht und der Oberbürgermeister Herr v. Koller bestieg die Rednerbühne, um das Regiment im Namen der Stadt zu begrüßen. In einer kurzen und kräftigen Ansprache hob er besonders hervor, daß das Volk mit Stolz auf seine Krieger blicke, welche, gleich deren Vätern, sich durch Heldenmuth und Hingebung an König und Vaterland unsterblichen Ruhm erworben und Großes für die deutsche Nation geleistet, gleichzeitig gedachte er der Theuren, die in diesem furchtbaren Kampfe geblieben und schloß unter Dankesworten mit einem dreimaligen Hoch auf das Regiment, in welches die versammelte Menge jubelnd einstimmte. Hierauf antwortete im Namen des Regiments der Oberst Herr v. Krane ungefähr Folgendes: Das Regiment habe vor ungefähr 14 Tagen die Ordre zur Rückkehr in die alte Garnison mit Freuden begrüßt, da ihm dieselbe lieb und theuer geworden; hoffentlich werde das herzliche Einvernehmen zwischen den Einwohnern und dem Militär dasselbe bleiben. Die Erfolge, die die Armee errungen, habe sie zumeist ihrem Heldenkönige zu verdanken, der an ihrer Spitze gestanden; es sei Sache des Volkes stets fest zu seinem Könige zu halten, damit das Vaterland groß und geachtet dastehe. Schließlich forderte er die Herren Offiziere und Soldaten auf, der Stadt Bromberg für die ehrenvolle und herrliche Aufnahme ein dreifaches Hurrah auszubringen, welches auch sofort, wie rollender Donner, vom Regimente erlönte.

Hierauf wurden die Fahnen von drei Ehrenjungfrauen mit Lorbeerkränzen bekränzt und der Einzug nach der Stadt begann; bald regnete es von allen Seiten, namentlich aus den mit Damen besetzten Fenstern, Bouquets und Kränze.

In der Friedrichsstraße war ein solcher Blumenregen, daß das Regiment einem wandelnden Blumengarten glich; Bajonette, Helme, Degen, ja selbst die Pferde der Offiziere waren mit Blumen bekränzt, so daß die armen Soldaten zuletzt gar nicht mehr wußten, wohin sie die Kränze stecken sollten. Auf dem Friedrichsplatze bildete das Regiment ein Viereck und ließ die Gewerke vorbeidefiliren, wobei noch manch kräftiges Hurrah erscholl; es war dies ein prächtiges Schauspiel und wird dasselbe noch lange in der Erinnerung derjenigen, die es gesehen, fortleben.

Des Abends fand eine Illumination statt, manche Straßen glichen einem Lichtmeere, besonders die Friedrichsstraße zeichnete sich durch Transparente, sinnige Sprüche und andere Decorationen aus. In den Straßen tummelte sich bis in die Nacht hinein eine ungeheure Menschenmenge, so daß die Passage öfter gehemmt war, kurz es war ein Fest im wahren Sinne des Wortes, durch welches Bromberg seinem Patriotismus und seinem Enthusiasmus für das Regiment auf eine eclatante Weise Ausdruck gegeben hat.

A. Filehne, 14. Sept. Gestern Nachmittags 4 Uhr rückte das 2. Bataillon 49. Infant.-Regt., welches nach Inowraclaw zurückkommt, hier ein. Die Stadt hat sich zum Empfange der Truppen festlich geschmückt, auf den Straßen waren Ehrenpforten erbaut, und Kränze und Fahnen schmückten fast jedes Haus. Die Soldaten wurden von den Filehnern mit Blumen förmlich übersäet und glich der Einzug der Truppen einem wahren Triumphzuge. Des Abends wurde auf dem Markte ein Feuerwerk abgebrannt, sämmtliche Häuser hatten illuminirt und die Stadt-Kapelle spielte „Ich bin ein Preuße" und „Heil Dir im Siegerkranz". Um 9 Uhr war großer Zapfenstreich. Eine unabsehbare Menschenmenge bewegte sich bis spät auf den Straßen, mit den Soldaten zusammen, die sichtlich erfreut über den festlichen Empfang waren. Heute sind die Truppen weiter nach Czarnikau gegangen.

Die Cholera, welche auch in hiesiger Stadt und Umgegend so manches Opfer verlangt hat, ist seit einiger Zeit im Abnehmen begriffen. — In einer kleinen Ortschaft von 500 Seelen sind vom 9. Juli bis 16. August 74 Personen erkrankt und 55 Personen daran gestorben.

Anzeigen.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 15. September.

Man notirt für

Frischer Weizen 123—127pf. bunt 60—62 Thlr., 127—130pf. hellbunt 63—65 Thlr. alles p. 85 Pfund. feine schwere Sorten über Notiz.

Frischer Roggen: 122—125pf 38 bis 39 Thl.

Erbsen: Futter 37—42 Thl. bessere Qualität 46 Thl.

Gerste: gr 33—35 Thl., helle schwere 38 Thl.

Hafer 24 Thl. pr. 1200 Pfd.

Kartoffeln 1 Sgr. die Metze.

Bromberg 15 September.

Weizen: alter ganz gesunder 60—66 Thl. feinste Qualität 1 — 2 Thl. über Notiz, weniger ausgewachsener 122—127pf. 48—54 Thl. stark ausgewachsener 40—45 Thl.

Weizen, frischer 124—128pf. holl. 60—64 Thlr. 129 — 130pf. holl. 65—68 Thlr.

Roggen 122—125pf. holl. 41—42 Thl.,

Erbsen Futter 38—40 Thl. Kocherbsen 46—48 Thlr.

Gr.-Gerste 38—40 Thl. feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel

Rübsen und Raps ohne Zufuhr.

Spiritus 15⅔ Thlr.

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier 133⅓ pCt. Russisch Papier 133½ pCt. Klein-Courant 120—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin. 15 September.

Roggen fest loco 48½ bez.

Sept.-Okt. 48½ bez. Nov.-Dez. 47¾ bez. Frühjahr 47¾ bez.

Spiritus loco 15 7/12 Sept.-Okt. 15 April-Mai 14 11/12

Rüböl Sept.-Okt 12⅓ April-Mai 12¼

Posener neue 4% Pfandbriefe 89¾

Amerik. 6% Anleihe p. 1882 75⅝ bez.

Russische Banknoten 75¼ bez.

Staatsschuldscheine 85 bez.

Danzig. 15 September.

Weizen. Stimmung: höher — Umsatz 110 Lasten.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.